

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 81 (2010)
Heft: 1: Soziotechnik : Pflegeroboter und andere digitale Helfer

Rubrik: Kurzmitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurzmitteilungen

Schweiz

Kurzfassung von SAMW-Richtlinien

Die Zentrale Ethikkommission der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) hat eine Kurzfassung ihrer Richtlinien «Patientenverfügung» veröffentlicht; diese bietet einen raschen Überblick über die zentralen Punkte und soll Hinweise für die praktische Umsetzung der Richtlinien geben. Gleichzeitig hat die SAMW «Musterfragen zur Wertehaltung» zusammengestellt. Wegleitung und Musterfragen können von der Website der SAMW heruntergeladen werden: www.samw.ch/de/Aktuell/News.html.

Medienmitteilungen SAMW

Schweiz

Pflegepersonal verzweifelt gesucht

Der Schweiz droht mittelfristig ein Pflegenotstand: Jedes Jahr fehlen 4500 Diplomierte im Gesundheitsbereich, wie aus einem Bericht der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK) und der Dachorganisation der Arbeitswelt Gesundheit (Odasanté) hervorgeht. Von den jährlich 13 000 bis 16 000 Personen, die es in den nicht-universitären Gesundheitsberufen an Nachwuchs braucht, werden heute nur rund zwei Drittel in der Schweiz ausgebildet. Am prekärsten ist die Situation bei den Diplomausbildungen in der Pflege: Hier fehlen jährlich 2400 Diplomierte. Das Problem könnte sich sogar noch verschärfen, denn gegenüber heute wird bis 2020 ein Mehrbedarf von 25 000 Personen prognostiziert, wie eine Studie des Gesundheitsobservatoriums kürzlich ergab. Gleichzeitig wird es schwieriger, Personal im Ausland zu rekrutieren: Schon heute beträgt der Anteil der ausländischen Mitarbeiter an Schweizer Spitälern 20 bis 55 Prozent, wie GDK-Präsident Pierre-Yves Maillard vor den Medien sagte. Und weil auch in anderen Ländern Pflegepersonal fehlt, sei «der Rückgriff auf ausländisches Personal nicht ausbaubar». Die Politik müsse nun auf die Förderung der Ausbildung und die Erleichterung des Wiedereinstiegs ausgerichtet werden. In den letzten Jahren wurden aus diesem Grund neue Gesundheitsberufe geschaffen und bestehende Berufe neu positioniert. Nun soll die Kommunikation für Gesundheitsberufe verbessert und sollen Massnahmen zur Personalerhaltung ergriffen werden. Mit den Kantonen wird nach neuen Finanzierungsmechanismen gesucht, um Anreize zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zu setzen. Der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner fordert derweil bessere Arbeitsbedingungen und Löhne.

Neue Zürcher Zeitung

Appenzell Innerrhoden

Sonderschulkonzept verankert

Der grosse Rat hat vom Sonderschulkonzept für Innerrhoden Kenntnis genommen und diversen Änderungen im Schulgesetz zugestimmt. Das Innerrhoder Konzept basiert auf drei Stufen: schulinterne Angebote, Unterstützung durch externe Fachleute, sonderpädagogische Massnahmen. Die Kosten steigen für den Kanton um 2,5 Millionen Franken auf 3,8 Millionen Franken. Sie relativieren sich, weil durch die NFA andere Aufgaben wegfallen. Bestandteil des Sonderschulkonzeptes ist die Prüfung einer eigenen Sonderschule. Bis anhin bringt Innerrhoden seine Schülerinnen und Schüler – 2008 waren es 29 – in ausserkantonalen Institutionen unter. Die Mehrheit der Kommission stehe einer eigenen Sonderschule skeptisch gegenüber, sagte

Grossrat Roland Dörig (Appenzell), Präsident der Kommission für Soziales, Gesundheit, Erziehung, Bildung. Das Sonderschulkonzept war im Rat unbestritten. Eine Anmerkung hatte Grossrat Thomas Mainberger (Schwende) zu machen: Er hoffe, dass sich der Kanton mit Integration um jeden Preis in Regelklassen zurückhalte. Das sei nicht immer dienlich, die Regelschule werde damit stark gefordert, oft auch überfordert. Ob im Inneren Land die integrative Schulform eingeführt wird, ist nicht Gegenstand des Sonderschulkonzeptes, sondern des Integrationskonzeptes; Oberegg hat sie bereits.

Appenzeller Zeitung

Basel

Bedenken wegen Fallpauschale

Das grosse Fragezeichen kommt erst ganz am Schluss einer gut besuchten Fachtagung des Spitex-Verbands Baselland zu den Auswirkungen bei der Einführung von Fallpauschalen auf die «nachgelagerten Leistungserbringer» (spitalexterne Pflege und Pflegeheime). Während auf dem Podium in Optimismus gemacht wird, bringt die Qualitätsverantwortliche eines Unterbaselbieter Alters- und Pflegeheims das Problem auf den Punkt: Für die Heime sei es schwierig, genügend qualifiziertes Pflegepersonal zu rekrutieren. Mit der neuen Spitalfinanzierung aber werden komplexere Fälle auf die Heime zukommen. Wie ist dieses Dilemma, das auch für die Spitex gilt, zu lösen? SwissDRG, wie die diagnosebezogenen Fallpauschalen im Fachjargon heißen, gelten zwar nur für die akutsomatischen Spitäler. Doch diese werden künftig versucht sein, ihre Patienten so schnell wie möglich zu entlassen. Anders als bei der heutigen Finanzierung über Tagespauschalen werden Patienten nicht nach ihrer Aufenthaltsdauer, sondern über eine Pauschale finanziert. Je schneller ein Spital einen Patienten entlässt, desto höher der Gewinn. Für Heime, Spitex, aber auch für die Hausärzte hat dieser Systemwechsel noch unabsehbare Auswirkungen. «Wir wissen nicht, was auf uns zukommt», räumt Hausarzt Urs Buess ein. Heinz Schneider, Direktor des Kantonsspitals Liestal, und Christopher Schmidt, Gesundheitsökonom bei SwissDRG, hingegen beruhigen. Schmidt meint, die Verkürzung der durchschnittlichen Spitalaufenthaltsdauer sei ein kontinuierlicher Prozess, der unabhängig vom gewählten Spitalfinanzierungssystem stattfinde. Schneider versichert, dass es beim Kantonsspital Liestal nie zu «blutigen Entlassungen» kommen werde. Die Furcht, dass Patienten zu früh nach Hause oder ins Heim geschickt werden, sei allein darum unbegründet, weil sich ein Spital so seinen guten Ruf zunichthemachen würde. Auch die anderen Teilnehmenden des Podiums im Martinshof Liestal verbreiten Zuversicht. Am meisten Werner Widmer, Direktor der Stiftung Diakoniewerk Neumünster/Schweizerische Pflegerinnenschule Zollikerberg. Doch Spitäler, Spitex und Heime müssten zusammenrücken «und wie in einer einzigen Firma miteinander arbeiten».

Basler Zeitung

Bern

Umstrittenes Rezept gegen Mangel an Pflegepersonal

Der Kanton Bern will mit einem Pilotprojekt zur Zweitausbildung den Mangel an Pflegepersonal entschärfen und stösst auf Widerstand. Das neue Angebot richtet sich an Wiedereinsteigerinnen, Wechselwillige und Arbeitslose. «Das Projekt ist nicht durchdacht», sagt Adrian Dennler, Präsident sowohl >>

der Berner als auch der Schweizer Privatkliniken. Er sieht vor allem den hohen zusätzlichen Aufwand – bei einem bescheidenen Nutzen. Vor allem am Patientenbett fehlen genügend kompetente Fachkräfte. «Mit einer Umschulung von Arbeitslosen wird diese Lücke nicht geschlossen.» Dem Berner Inselspital ist zwar jede kreative Idee willkommen, doch Pflege-Direktor Ulrich von Allmen sieht den Lohn als grosses Problem. Der ist zwar noch nicht festgelegt, doch laut Gesundheitsdirektion soll er über 2000 Franken monatlich betragen. Eine Fachangestellte Gesundheit erhält während der Ausbildung 1000 Franken. «Wenn Unterschiede zu gross sind, führt das zu Unzufriedenheit», befürchtet von Allmen. Jeder, der die reguläre Ausbildung durchlaufe, müsse sich als «Löli» vorkommen. Er ist für gleichen Lohn und in Härtefällen eine Sozialzulage oder ein rückzahlbares Darlehen. Andere Kliniken ärgern sich über den planwirtschaftlichen Ansatz des Projekts und finden, der Pflegeberuf müsse grundsätzlich attraktiver werden. Die Diskussionen führen bereits zu einer Verzögerung des Pilotprojekts, das zu 60 Prozent vom Bund getragen wird. «Viele Fragen sind noch offen», sagt Peter Marbet, Direktor des Bildungszentrums Pflege. Die Berner Gesundheitsdirektion hat den Start vom Frühjahr 2010 in den Herbst verschoben. Marbet ist derzeit wieder zuversichtlicher, dass es zu einem Konsens kommt. Seine grösste Sorge: dass sich die anderen Studierenden gegenüber der Zweitausbildung diskriminiert fühlen. Er plädiert für klare Unterschiede in der Ausbildung. Bisher haben sich laut der Berner Gesundheitsdirektion für die 100 freien Plätze genau so viele Interessenten gemeldet.

SonntagsZeitung

Luzern

Attestlehre früher als geplant

Der Kanton Luzern will die zweijährige Attestlehre im Gesundheits- und Sozialbereich schon 2011 und nicht erst 2012 anbieten. «In Zukunft fehlen Tausende von Pflegefachkräften. Mit der Attestlehre wollen wir diesen Mangel lindern», sagt Josef Widmer, Leiter der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung Luzern. Ziel der Attestausbildung: Mit der zweijährigen Dauer soll sie für die Lernenden attraktiver werden und sie auch bei den Arbeitgebern besser qualifizieren als die derzeitige einjährige Pflegeassistenten-Ausbildung. Der Bund muss aber zuerst das gemeinsame Gesuch der Zentralschweizer Kantone und der Organisationen der Arbeitswelt bewilligen. Der Aargau führt die Attestausbildung als erster Kanton schon 2009 ein. Roger Wicki, Präsident von Curaviva Luzern, begrüsst die Attestausbildung: «Die Anforderungen ans Personal steigen, denn die Leute ver-

Anzeige

Qualytent
Verkauf + Vermietung

Faltzelte
Festbankgarnituren
für professionelle
Anwender

Schöni
PartyWare

Schöni PartyWare AG
Isenrietstrasse 9a
8617 Mönchaltorf

Tel. 044 984 44 05
Fax 044 984 44 60
www.zeltshop.ch

weilen nicht mehr so lange im Heim wie früher.» Komplexere Pflegefälle, höhere Durchlaufquoten, kürzere Aufenthaltsdauer: Das rechtfertigt eine zweijährige Ausbildungsdauer. «Aber wir werden auch in Zukunft Quereinsteigerinnen brauchen, die ohne Attest, aber mit Weiterbildung bei uns arbeiten.» Probleme, einen Job zu finden, sollten die Absolventen der Attestausbildung kaum haben. Der Anteil von Hilfspersonal in der Pflege ist hoch: bis 70 Prozent des Pflegeheimpersonals und rund 30 Prozent des Spitalpersonals fallen in diese Kategorie. Ein erster Schritt zur Behebung des Personalengpasses ist bereits getan. Seit 2002 können Jugendliche nämlich gleich nach der Schulzeit die dreijährige Lehre Fachangestellte Gesundheit/Fachangestellte Betreuung absolvieren. Die Zahl der Lernenden ist explodiert: Während 2002 noch 71 Lehrlinge in der Zentralschweiz die Lehre absolvierten, sind es jetzt schon 283. Die Anzahl Lehrbetriebe stieg in der gleichen Zeit von 44 auf 143.

Neue Luzerner Zeitung

Zürich

Nur Kritik für «Korrektionsanstalt»

Dass gegen Gewalttaten und Disziplinlosigkeiten von Jugendlichen rasch und spürbar einzuschreiten ist, bestreitet niemand, auch nicht im Zürcher Kantonsrat. Der Vorschlag der SVP, eine Zürcher «Korrektionsanstalt» für widerspenstige Schüler zu schaffen oder einem bestehenden Heim anzugegliedern, ist dort bei allen andern Fraktionen auf Kritik und Unverständnis gestossen. Mit 114 zu 53 Stimmen hat der Rat die von Matthias Hauser (svp., Hüntwangen) vertretene Motion abgelehnt. In der «Korrektionsanstalt» hätten Jugendliche harte, arbeitsreiche Tage oder Wochen ohne Internet, DVD oder «Ausgang» verbringen sollen, um abends müde ins Anstaltsbett zu fallen. Die Einweisung sollte ohne viel bürokratischen Aufwand erfolgen, der Aufenthalt hätte für die Betroffenen weder Zeugniseinträge noch weiterführende Massnahmen zur Folge, weil diese die Zukunftschancen schmälern könnten. Hauser erklärte, es gehe nicht um eine Strafe, sondern um eine spürbarere Form von Erziehung als die erst später wirksamen Einträge im Zeugnis, die oft zu lange dauernden Gespräche und die papierenen Verhaltensverträge. Die Palette der Gegenargumente aus allen politischen Richtungen war breit. Bildungsdirektorin Regine Aepli erinnerte nur daran, dass «wir in einem Rechtsstaat leben und uns dies wieder mehr bewusst machen sollten». In ihrer Stellungnahme hatte die Regierung darauf hingewiesen, dass es sich bei der vorgeschlagenen Massnahme um einen Freiheitsentzug handle, der vorwiegend Strafcharakter habe. Die geltenden Sanktionsmöglichkeiten seien ausreichend, und in schweren Fällen sei eine Sonderschulung oder Heimeinweisung immer möglich. Für Brigitte Johner (fdp., Urdorf) sagt schon der Begriff «Korrektionsanstalt» aus, dass hier Verletzungen der Schulordnung und kriminelle Handlungen auf unzulässige Weise vermischt werden. Die Wirkung des Aufenthalts würde nach der Entlastung sofort verpuffen, kritisierte Susanne Rihm (gp., Glattfelden), weil dieser ohne therapeutische Begleitung und genügend Zeit keine Änderung der Verhaltensmuster bewirken könne. Corinne Thomet (cvp., Kloten) bezeichnete die Motion als populistisch, schlecht begründet und nicht umsetzbar. Für Andreas Erdin (glp., Wetzikon) ist sie sowohl rechtlich als auch pädagogisch fragwürdig. Kurt Leuch (evp., Oberengstringen) forderte einfachere Möglichkeiten, Bussen auszusprechen. Und Ruedi Lais (sp., Wallisellen) machte sich als Präsident einer Time-out-Schule stark für den Auszeit-Gedanken, sofern er ohne «Scharia-Elemente» auskomme und nicht zur Abschiebung missbraucht werde.

Neue Zürcher Zeitung

Zusammengestellt von Barbara Steiner